

Dresdner Volkszeitung

Hauptschiffungsstelle: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1293.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger:
Dr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 45,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 135,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 67,00 M., Einzelnummer 2,50 M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die gespaltene Nonpareilzeile 12,00 M., Familienanzeigen 8,50 M., die gespaltene Restzeile 48,00 M. Bei mehrmaliger Anfertigung Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Gewährleistung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefrücklegung 2 M.

Nr. 189

Dresden, Dienstag den 15. August 1922

33. Jahrg.

Abbruch der Londoner Konferenz

Der Kampf in der Entente — Vor der Entscheidung der Reparationskommission — Bruch zwischen England und Frankreich?

Die Londoner Konferenz ist nach einer Neutermelung an der Reparationsfrage gescheitert.

Über die Vorgänge, die zum Abbruch der Konferenz führten, bringt die französische Tages-Agentur nähere Einzelheiten. Danach versuchte Poincaré die Frage eines Moratoriums bis zum November hinauszuschieben. Lloyd George lehnte dies ab und bestand darauf, daß die Alliierten sofort ein Moratorium für drei Monate bewilligen. Diesem Moratorium wollte Poincaré aber nur unter der Bedingung zustimmen, daß Frankreich als Ausgleich für dieses neue Zugeständnis neue Pfänder erhalte, nämlich die Kontrolle über die staatlichen Bergwerke und Forsten. Eine Einigung darüber konnte nicht erzielt werden.

Auch Schanzer's Vermittlungsvorschlag, die Konferenz um 6 bis 8 Wochen zu verschieben, wurde nur von England angenommen, während Frankreich zur Bedingung machte, daß Deutschland die in diesem Zeitraum fälligen Reparationsraten zahlen soll. Schanzer und Lloyd George waren anderer Ansicht, willigten aber ein, daß die Reparationskommission darüber entscheiden solle. Die Franzosen waren damit nicht einverstanden, worauf die Verhandlungen ihr Ende fanden.

Die Delegierten trennten sich mit der Erklärung, „Sie wollten noch einmal über diese Lage nachdenken.“ (1) Eine neue Zusammenkunft wurde nicht festgesetzt.

Es wäre wünschenswert, daß die alliierten Staatsmänner sich mit ihrem Nachdenken etwas beeilen, denn der Lage der deutschen Mark und damit der deutschen Wirtschaft ist mit einem Nachdenken über die Lage nicht geholfen. Da muß denn doch etwas mehr geschehen, und zwar möglichst, wenn der Zusammenbruch Mitteleuropas überhaupt noch aufgehalten werden soll.

Die Franzosen suchen es so darzustellen, als ob durch das Scheitern der Verhandlungen das deutsche Moratoriumsrecht erledigt, und der Londoner Zahlungsplan vom Mai 1921 wieder in Kraft getreten sei.

Das ist nicht der Fall, sondern mit dem Ende der Londoner Konferenz tritt die Reparationskommission wieder in Tätigkeit, die ihre Antwort auf das deutsche Stundungsersuchen vom 12. Juli ja nur aufgeschoben hat, um einem etwaigen Ergebnis der Londoner Verhandlungen nicht vorzugreifen.

Ist die Unrichtigkeit des französischen Standpunktes nicht auch die vorläufige Note, die der deutschen Kriegskostenkommission in Paris von der Reparationskommission übergeben wurde.

Entgegen der in ihrem Schreiben vom 12. Juli ausgesprochenen Erwartung sieht sich die Reparationskommission nicht in der Lage, Jänen vor dem 15. August ihren Entscheid auf ihr Memorandum vom 12. Juli mitzuteilen. Sie wird Sie unverzüglich davon in Kenntnis setzen und gleichzeitig Bestimmungen über die Frage der Fälligkeit vom 15. August treffen, die bis zu dieser Entscheidung in der Schwebe bleiben soll.

Nach dieser Note bleibt also die Stundungsangelegenheit in der Schwebe. Das heißt, die am 15. August fälligen 50 Millionen Goldmark für die Reparationszahlungen brauchen vorläufig nicht bezahlt zu werden.

Nach Artikel 233 des Versailler Vertrages ist die Reparationskommission ermächtigt, der deutschen Regierung jederzeit ein Moratorium zu gewähren. Gleichzeitig wird in Klausel 13 des zweiten Anhangs erklärt, daß ein Moratorium durch Mehrheitsbeschluß bewilligt werden kann. Die Entscheidung der Reparationskommission hängt viel von der Stellungnahme Belgiens ab, die nach wie vor eine unsichere ist, wenngleich man nach dem Verlauf der Londoner Konferenz annehmen darf, daß Belgien nicht mit Frankreich zusammengehen wird.

Die Entscheidung der Reparationskommission hätte auch gefällt werden können, ohne daß man erst in London eine besondere Konferenz einberief. Aber der Zweck dieser Konferenz bestand eben darin, daß man einen Mehrheitsbeschluß in der Reparationsfrage möglichst vermeiden wollte, und daß man hoffte, in London zu einer einstimmigen Entscheidung zu kommen. Das ist nicht erreicht worden. Die nächste Frage ist, was wird Frankreich tun: Wird es sich einem Mehrheitsbeschluß der Reparationskommission fügen?

Zunächst muß festgestellt werden, wenn Frankreich ohne Rücksicht auf einen Beschluß der Reparationskommission zu neuen militärischen oder andern Sanktionen gegen Deutschland greift, so würde damit der Versailler Vertrag von Frankreich in Stücke gerissen werden.

Wichtiger aber noch ist die andre Frage: Was werden die Alliierten tun, wenn Frankreich auf eigene Faust gegen Deutschland vorgeht?

Das Ziel der Politik Lloyd Georges seit dem Ende des Krieges ist, zu einem annehmbaren Frieden mit Deutschland und damit überhaupt zu einem wirklichen Frieden in Europa zu kommen. Die Schwierigkeit für ihn bestand in erster Linie darin, daß er einen Bruch mit Frankreich, sagt möchte man sagen „unter allen Umständen“ zu vermeiden versuchte. Das wissen die Franzosen natürlich sehr gut, und daraus erklärt sich zu einem guten Teil, daß sie ihre Machtpolitik treiben ohne jede Rücksicht auf die Wünsche und Forderungen ihres nationalen Verbündeten.

Ein eigenmächtiges Vorgehen Poincarés in der jetzigen Lage würde aber eine so schwere Belastungsprobe der Entente bedeuten, daß man — wohl zum ersten Male seit dem Ende des Krieges — mit der Möglichkeit eines Bruchs zu rechnen hat.

Die Tatsache, daß die Einigung zwischen England und Frankreich bisher noch jedesmal auf unsere Kosten erfolgt ist, darf uns doch nicht an der Erkenntnis hindern, daß ein Streit zwischen England und Frankreich uns noch viel teurer zu stehen käme, und daß dieser Streit für Deutschland geradezu verhängnisvolle Folgen haben würde.

So gewiß wir alle Ursache haben, die Politik eines Poincarés zu bekämpfen, und die Politik Lloyd Georges zu unterstützen, so kann es für uns kein größeres Unglück geben, als wenn aus dem diplomatischen Ringen dieser beiden Staatsmänner ein offener Konflikt entspringe.

Ein wirklicher Frieden, ein Wiederaufbau und damit eine Gesundung Europas sind nur möglich, wenn es zu einer friedlichen Verständigung zwischen England, Frankreich und Deutschland kommt.

Deshalb bekämpfen wir auf das entschiedenste das Revandagegeheiß der deutschen Nationalisten. Deshalb wenden wir uns auf das entschiedenste gegen alle Versuche, den Konflikt zwischen England und Frankreich unnötig zu vergrößern. Weil wir wissen, daß aus diesem Streit niemals etwas Ersprießliches für Deutschland hervorgehen wird.

Deutschlands Hoffnungen beruhen auf dem Erfahren der Vernunft und der Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge, auf der wachsenden Erkenntnis, daß alle Völker aufeinander angewiesen und voneinander abhängig sind, eine Erkenntnis, die in erster Reihe von der sozialistischen Arbeiterpartei an Macht und Einfluß gewinnt. Eine Erkenntnis, die aber auch außerhalb der sozialistischen Parteien ständig an Boden gewinnt, und der sich selbst die französischen Gewaltpolitiker nicht mehr entziehen können, wie ihr Verhalten in London gelehrt hat.

Denn trotz dem Abbruch der Londoner Konferenz bedeutet London zweifellos einen gewaltigen Schritt vorwärts gegenüber den früheren Verhandlungen. Bereits zu Beginn der Konferenz gab Poincaré die Notwendigkeit eines deutschen Moratoriums zu, und der ganze Kampf drehte sich ausschließlich um die Sicherheiten und um die Pfänder, die Frankreich verlangte.

Auch der Widerstand, Lloyd Georges gegenüber den französischen Forderungen bedeutet einen Fortschritt gegen früher. Er ergibt sich aus der Tatsache, daß die Stellung des englischen Staatsmannes heute eine viel härtere ist, als es noch in Genua der Fall war. Während umgekehrt die Forderung und damit die Schwäche Frankreichs in der Reparationsfrage sich mehr und mehr auswirkt und die Politik Poincarés immer unhaltbarer macht.

Praktische Sozialisierungsarbeit

Unter obiger Überschrift erscheint im Vorwärts ein Artikel, dessen wichtigste Darlegungen wir im folgenden wiedergeben. Wir freuen uns besonders, daß diese Ausführungen von unserem Berliner Zentralorgan gebracht werden, denn gerade der Vorwärts hat sich in Sozialisierungsfragen bisher recht abwartend verhalten. Die hier gemachten Vorschläge würden bei ihrer Verwirklichung zur Gründung einer Gewerkschaftsbank drängen, die allerdings, um leistungsfähig zu sein, auf eine kapitalstarke Basis gestellt werden müßte und von sozialistischer Seite schon mehrfach mit Recht gefordert wurde. Es führt eben nicht nur ein Weg zur Gemeinwirtschaft, und wir müssen jeden begehren, der praktische Erfolge verspricht.

Im deutschen Volke trifft man immer noch oft genug die Meinung an, jede Restrukturierung und Verbesserung der Dinge hauptsächlich von der behördlichen Zentralgewalt zu erhoffen. Diese Haltung ist weniger als anderswo zu entdecken, und persönlich, und unter ihnen viele Arbeiter, alle Fortschritte durch Anordnungen von „oben“ erwarten zu müssen. Die Folge davon ist eine bedauerliche Untätigkeit. Soll und muß denn alles durch den Staat gehen? Ist das der Sinn des Sozialismus, daß ohne vorherige Anordnung einer hohen Regierung kein Schritt der alten Wirtschaft verläßt und ohne amtliche Genehmigung kein Versuch und kein Schritt zur Verwirklichung der neuen Gesellschaft unternommen werden darf? Und ferner: läßt sich die politische Macht der Bourgeoisie sehr wesentlich auf der stumpfsten Ausnutzung ihrer Wirtschaftsmacht beruhen? Das arbeitende Volk aber, die Masse der Hand- und Kopf-arbeiter, hat es bisher verümmelt, ihre große wirtschaftliche Kraft anders als zu Saug- und Abwehr zu organisieren. Schutz und Abwehr sind notwendig, sind unabweislich für die Erhaltung und Anpassung des Arbeitervolkes. Er die Sicherung von Lebens- und Arbeitsruhe, von Arbeitsrecht, Sozialversicherung und sozialer Fürsorge. Aber das kapitalistische System kann nur im Angriff er-

Die Entscheidung über die Ausgleichszahlungen

London, 14. August. Der Sachverständigenausschuß der Londoner Konferenz nahm einstimmig ein Gutachten an, wonach Deutschland die nächste Rate von 2 Millionen Pfund Sterling zur Begleichung von Privatschulden innerhalb vier Wochen bezahlen soll. Hierauf soll dem Gutachten zufolge das Inkassen über diese Zahlungen außer Kraft treten. Schließlich empfiehlt das Gutachten, daß die alliierten Regierungen durch die von Deutschland in dieser Hinsicht zu leistenden Zahlungen Sanktionsmaßnahmen treffen sollen, die der Zustimmung der Reparationskommission bedürften.

Die fällige Rate

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 15. August. Heute früh fand eine Besprechung statt, die sich mit der Frage der Reparation und der Ausgleichszahlung beschäftigte. Deutschland wird heute die von ihm selbst angebotene Ausgleichssumme in Höhe von 1/2 Millionen Pfund Sterling zahlen. Diese Zahlung stellt ungeachtet der ungeheuren Geldentwertung eine neue gewaltige Leistung Deutschlands dar. Deutschland gibt damit auf neue einen Beweis seines guten Willens.

Der Dollar über 1000

Berlin, 15. August. (Eigene Drahtmeldung.) Schon in den gestrigen Nachmittagsstunden herrschte am Berliner Devisenmarkt eine außerordentlich bedrückte Stimmung. Als dann in den späten Abendstunden der Bericht über das Scheitern der Konferenz eintraf, bemächtigte sich der Devisenmarkt eine Art Panikstimmung, die den Dollar auf annähernd 900 trieb. Heute vormittag setzte der Dollar auf annähernd 900 wieder. Heute in sehr geringem Umfange herankam, so erklärte die starke Nachfrage, daß der Dollar schon um 10 Uhr mit 1020 bis 1025 notiert wurde. In den späten Nachmittagsstunden war die Nachfrage eine größere. Der Dollar wurde gegen 10 1/2 Uhr mit 1030 umgesetzt. Das Geschäft blühte lebhaft, doch waren die tatsächlichen Umsätze nicht sehr erheblich. Bemerkenswert ist, daß Berlin mit seinen Kursen dem Ausland wieder vorausläuft. Kurz vor 11 Uhr trat eine kleine Abwärtsbewegung ein, die den Dollar auf 1000 bis auf 1010 heruntersetzte. Die übrigen Devisen schlossen sich der Käuferbewegung an.

Dr. Thomas — Polizeipräsident von Dresden

Dr. Thomas, der erste Staatsanwalt vom Landgericht Dresden, der seit der Aufhebung des bisherigen Polizeipräsidenten Dr. Grille das Polizeipräsidium vertretungsweise leitete, wird unter dem 16. August zum Polizeipräsidenten von Dresden ernannt.

Der bisherige Polizeipräsident Dr. Grille wird unter dem gleichen Tage zum Oberverwaltungsgerichtsrat ernannt.

schüttelt werden, und dieser Angriff kann nicht ausschließlich politisch geführt, er muß wirtschaftlich unterbaut, durch sozialistisch geleitete Wirtschaftsbetriebe gestützt und getragen werden.

Die finanzielle Kraft des einzelnen Proletariats ist freilich gering. Aber das ist bestimmt kein Grund, um sie dem Privatkapital zur Verfügung zu stellen. Wo liegen heute die Spargelder der Arbeiter, die Vermögensbestände ihrer Verbände? Fast ausschließlich in Sparkassen und Banken. Und was geschieht dort mit ihnen? In Form von Hypotheken, Beteiligungen, Darlehen usw. werden sie den kapitalistischen Hausbesitzern, Kaufleuten und Industriellen zugeführt, die damit ihre ausbeuterische Profitwirtschaft stützen, die Stoffe monopolisieren und die Allgemeinheit schädigen. Hier gilt es daher, den Sackel anzusehen, und hier kann auch etwas Wesentliches und Wirkames geleistet werden, wenn der Wille erst nach ist und wenn nach überlegtem Plan die vereinte Kraft des Proletariats gesammelt dem Aufbau der Gemeinwirtschaft zugeführt wird. Da bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen einstreuen von Reich, Ländern und Gemeinden auf diesem Gebiete keine nennenswerte Initiative zu erwarten sein dürfte, ist die freie Sozialisierung, die Ermächtigung von „unten“ zur Zeit die wichtigste Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft.

Der Volkstümliche Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat dieser Sachlage Rechnung getragen und in seiner Entschließung vom 21. Juni 1922 den Bundesvorstand nachdrücklich aufgefordert, die „Lehrführung der privatkapitalistischen Wirtschaft in die Gemeinwirtschaft planmäßig zu überführen“ und zu diesem Zwecke die wirtschaftliche und finanzielle Macht der organisierten Arbeiterschaft in der Dienst der Gemeinwirtschaft zu stellen. Diesen Beschluß gilt es nun mit aller Energie in die Tat umzusetzen. Und zwar überall, in allen Berufen und allen Organisationen! Die gesamte Arbeiterschaft muß von nun an ihre volle Kraft